

ROTE SEITEN *SCHLAG NACH!*

| Kommunistische Jugend Bern | 3. Jg. | Oktober 2013 | Nr. 2 |

1:1 2

ABZOCKER STOPPEN GERECHTE LÖHNE SCHAFFEN

Venezuela:
Herausforderungen der
Bolivarischen Revolution

Seite 10

Nach neoliberaler Auszeit:
Chile knüpft mit eigener
Geschichte wieder an.

Seite 6

Die XVIII. Weltfestspiele
der Jugend und Studier-
enden in Ecuador

Seite 15

EDITORIAL

Beim Verfassen dieses Editorials befinden wir uns kurz vor dem nächsten «Roten Oktober» und freuen uns schon sehr. Auch dieses Jahr haben wir wieder ein sehr spannendes Programm. Aber nicht nur auf Grund des Programms und der interessanten ReferentInnen freuen wir uns, sondern auch (oder vor allem) wegen dem Zusammensein mit all den GenossInnen aus der ganzen Schweiz. Der Rote Oktober ist jeweils ein wichtiger Moment für die Bewegung, welcher für das restliche Jahr motivierend wirkt.

In diesem Jahr gibt es aber noch einen weiteren motivierenden Anlass, welchen wir sehr empfehlen können, nämlich die 18. Weltfestspiele in Quito (Ecuador). Dort werden sich wieder tausende von GenossInnen aus aller Welt treffen um zu diskutieren und zu feiern. Von uns werden auch dieses Mal einige GenossInnen teilnehmen. Weitere Informationen findest du im entsprechenden Artikel weiter hinten.

Dass die Weltfestspiele schon wieder in Südamerika statt finden, ist sicher kein Zufall, denn gerade dort ist so einiges in Bewegung und zwar so, dass es uns optimistisch stimmt. Wir widmen darum Südamerika auch in dieser Ausgabe zwei Hauptartikel. Zum einen Venezuela, wo sich seit dem Tod von Hugo Chávez einiges getan hat und zum anderen Chile, wo sich die Juventudes Comunistas de Chile zuvorderst in der Volksbewegung für ein soziales Chile kämpft. 40 Jahre nach dem Putsch gegen Salvador Allende befindet sich Chile wieder in Bewegung und der Name Allende ist definitiv nicht vergessen.

Aber auch in der Schweiz kämpfen wir für eine soziale Gesellschaft. Auch wenn eine Begrenzung der Lohnschere die Schweiz nicht sozialistisch macht, ist es doch immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. In dieser Ausgabe findest du die Position der Kommunistischen Jugend Bern dazu.

Nun wünschen wir dir viel Spass beim lesen!

Rote Grüsse
Kommunistische Jugend Bern

INHALT

1:1(2)	S.3
Nach neoliberaler Auszeit: Chile knüpft mit eigener Geschichte wieder an	S.6
Venezuela: Herausforderungen der Bolivarischen Revolution	S.10
Solidaritätsplattform Alba Suiza nimmt Arbeit auf	S.13
Die XVIII. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Ecuador	S.15
Programm Roter Oktober	S.19
Spontandemo gegen den Krieg	S.21
Anlässe / Impressum	S.22

1:1(2)

Am 24. November darf die stimmberechtigte Bevölkerung über die eidgenössische Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» abstimmen. Die Initiative wurde von der Juso lanciert und wird von der SP und der Unia mitgetragen. Die Initiative fordert, dass niemand in einem Jahr weniger verdienen soll als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat.

Die Kommunistische Jugend Bern freut sich, dass das Thema der gerechten Löhne Inhalt einer Volksinitiative ist und dadurch in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Wir werden auf jeden Fall ein **Ja** in die Urne werfen, doch möchten wir an dieser Stelle doch noch einige Vorbehalte anbringen.

LOHN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Top-Managerlöhne, Millionenboni, Gier und Egoismus... in den letzten Monaten sind diese Themen viel diskutiert worden. Die Kritik der Öffentlichkeit richtete sich dabei in erster Linie gegen die gierigen Manager, die den Hals nicht voll genug bekommen können. Immer wieder wurde auf Einzelpersonen gezeigt und ihre konkreten Vermögensverhältnisse angeprangert.

Im ersten Moment freuten wir uns, dass man anhand dieser konkreten Beispiele die Missstände des Systems aufzeigt. Doch ist klar, dass die Frage nach den Ursachen anhand einer Analyse der konkreten Verhältnisse uns zu mehr als eines blossen Anprangerns der Löhne und der Boni einzelner ManagerInnen führen muss. Nicht die Gier einer Berufsgattung oder der Egoismus von Einzelnen sind das Problem. Das Problem liegt im System, am Kapitalismus!

Nun, es ist eine Tatsache, dass im Kapitalismus durch die Lohnarbeit gesellschaftli-

che Unterschiede geschaffen werden. Früher sprach man in diesem Zusammenhang von Klassen, da die besitzende Bourgeoisie von der Lohnarbeit der Arbeiterinnen lebt – heute werden diese Begriffe nicht mehr gerne benutzt, doch hat sich an der Grundproblematik nichts geändert, auch wenn das System ein bisschen weniger personalisiert daherkommt.

In dieser Initiative wird der Lohn einiger Angestellten angegriffen, die, zugegeben, sehr viel verdienen, doch die Unternehmen nicht unbedingt besitzen. Nicht in Frage gestellt werden die zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse.

ANHÄUFUNG DES KAPITALS

Das ganze System ist im Grunde genommen unlogisch und höchst defizitär: während die Statistiken des Bundes Jahr für Jahr darauf hinweisen, dass es eine wachsende Zahl sogenannter **Working Poor** gibt (**mittlerweile fast jedeR Zehnte!**), die es mit ihrem Lohn nicht mal ans Monatsende schaffen, erwachsen dem Staat immer grössere Kosten für die Unterstützung der unterbezahlten Arbeitenden. Jedes Jahr wächst die Anzahl Personen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, Krankenkassenverbilligung beziehen, Ergänzungsleistungen zur AHV benötigen, von der ALV ausgesteuert werden.

Der Staat kommt dafür auf, dass die profit-orientierten Unternehmen auf Kosten der ArbeiterInnen Gewinne erzielen. An sich nichts neues, sondern logisch im Sinne des Kapitals, denn dieses System funktioniert nur, wenn es eine genug grosse «Reservearmee» an Arbeitslosen und prekär angestellten TeilzeitarbeiterInnen gibt, die bereit sind für schlechte Bedingungen zu arbeiten.

Nun muss man jedoch bedenken, dass im Laufe der seit den Neunzigerjahren andauernden neoliberalen Wende die Steuern immer mehr gesenkt und im öffentlichen Gesundheitswesen und in der Bildung immer mehr Einsparungen vorgenommen werden. Der Service public wird schrittweise abgebaut, während die Löhne der unteren Schichten nominell nicht zunehmen. Das akkumulierte Kapital nimmt zu, und das Vermögen einiger sehr reichen Menschen wächst stetig. Diese Entwicklung lässt sich nicht nur in der Schweiz, sondern überall in der Welt beobachten. Sie erscheint nur bei einer oberflächlichen Betrachtung als paradox, in Wirklichkeit ist sie logisch: Die niedrigeren Steuern kommen eigentlich nur den Reichen zugute, ihre Einsparungen sind im Verhältnis zu den ärmeren Steuerzahlern exponentiell grösser.

Obwohl die Ursachen dieser Auswirkungen im kapitalistischen System immer auf die selbe Weise bestehen, erleben wir eine Epoche, in der die Klassenunterschiede sich wieder mehr verschärfen.

Mitte des letzten Jahrhunderts, als der Kalte Krieg die Welt zweiteilte, mussten sich die kapitalistischen westlichen Nationen aus Angst vor dem Sozialismus ein System erschaffen, das sich in der Konkurrenz zum Sozialismus attraktiver präsentiert. Es ist

kein Zufall, dass der Siegeszug der Sozialdemokratie in diesen Jahren zu verzeichnen ist: Die ersten SP-Bundesräte, die ersten gewonnenen Volksinitiativen stammen alle aus jener Zeit. Während gegen Kommunisten Berufsverbote ausgesprochen und sogar Parteien verboten wurden, setzte die SP sozialpolitische Reformen durch, die die Lage der Arbeitenden im Kapitalismus verbesserte.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten im Jahre 1990 ist der Abbau des Sozialstaates einhergegangen. Blinder Ideologieglauben und materielle Interessen trieb die Neoliberalen an, den Staat zu schmälern, wobei sie lieber die Repression ausbauen und nach Verschärfungen im Strafrecht plädieren.

EINE GRUNDLEGENDE UMWÄLZUNG DER VERHÄLTNISSE IST ERFORDERLICH

Die Juso hat eine Initiative lanciert, in der sie den aktuell in der Gesellschaft bestehenden Missmut aufgreift und die bestehenden Verhältnisse in Frage stellen möchte. In Anbetracht der revisionistischen, bürgerlichen Bonzenpolitik ihrer Mutterpartei ist diese Initiative fast schon radikal.

In der Tat weist der Inhalt dieser Initiative auch gar keinen revolutionären Inhalt auf: Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen, als im bestbezahlten Posten im gleichen Unternehmen in einem Monat. Wendet man dieses Verhältnis von 1 zu 12 im konkreten Fall an, dürften z.B. die Manager der Migros in einem Monat nicht mehr als 45 800 Franken erhalten, wenn einE AngestellteR brutto 3800 Franken im Monat verdient. Die Tatsache, dass momentan noch weit grössere Lohngefälle bestehen, ist eigentlich kaum nachvollziehbar. Während

die Krankenkassenprämien, die Mieten und die Preise der Lebensmittel vergleichsweise nur wenig auseinanderklaffen, gibt es innerhalb des selben Betriebes Lohnunterschiede in Millionenhöhe.

In der Schweiz besteht eine Vielzahl an Regelungen was die Lohnpolitik betrifft. Lohnunterschiede werden somit durch Entscheide von Wirtschaft und Politik geschaffen – und nicht durch die frei agierenden Kräfte des Marktes.

In der Schweiz existieren unzählige KMU, in denen weit geringere Lohnschere als 1:12 bestehen. Mit der Umsetzung der Ini-

tiative würde der Handlungsspielraum der Unternehmensführungen eingeschränkt und damit ein kleines Bisschen weniger Ungerechtigkeit geschaffen.

Unser Ziel ist die einer klassenlose Gesellschaft, in der alle gleich sind, und es daher kein Ausbeutungsverhältnis zwischen Arbeitenden und Besitzenden mehr geben kann. Im Kommunismus ist das Eigentum an den Produktionsmitteln kollektiviert. Als KommunistInnen streben wir ein Verteilungsverhältnis von 1:1 an.

Carla



Dieses Transparent gab's an der Unia-Grossdemo vom 21. September zu bestaunen.

NACH NEOLIBERALER AUSZEIT: CHILE KNÜPFT MIT EIGENER GESCHICHTE WIEDER AN

Seit 2011 gehen die ChilenInnen auf die Strasse. Die jüngsten sozialen Wirren haben die jahrzehntelangen Schäden der Schockstrategie¹ und der neoliberalen Experimente ans Tageslicht befördert. Am Pranger stehen das krisenhafte politische System und das neoliberale Wirtschaftsmodell. Es ist die junge Generation, die die Anliegen der Volksmassen auf die Tagesordnung gebracht hat. Auch wenn dies mit einem eigenen Stil und eigenen Mitteln geschah, konnte die Bewegung an die grosse Geschichte der chilenischen Volksbewegung anknüpfen. Das Gedenken an den Widerstand gegen Pinochet und an die Persönlichkeiten, die das sozialistische Ideal und die chilenische Kultur verkörperten und bewegten, ermöglichte eine differenzierte Klassenanalyse des brutalen Abbruchs der «unidad popular», der Menschenrechtsverletzungen, des von der Diktatur geerbten Modells und über den Fortbestand der neoliberalen Reformen der Regierungen der demokratischen Übergangszeit.

GEWINNER UND VERLIERER:INNEN

Jahrelange soziale Passivität und politische Amnesie haben die Legitimität des Systems

vor allem in den Augen der Jugend ausgeschöpft. Der wirtschaftliche Aufschwung ist weit nicht allen zugute gekommen. Profitiert haben vor allem der Sektor der Rohstoffförderung und des Exports. Verloren hat die regionale Entwicklung des Landes. Die Massnahmen, die die sozialen Ungleichheiten korrigieren sollten, waren dazu nicht fähig. Einerseits wurden die Gewerkschaften verachtet – die Mitgliedschaftsrate in Gewerkschaften liegt 2013 nur bei 11%². Das Mobilisierungspotenzial blieb dementsprechend gering. Dazu sind die kollektiven, juristischen Verhandlungsmöglichkeiten unterentwickelt, sodass die Umverteilung der Reichtümer und gewerkschaftliche Aktivitäten viele Jahre nicht möglich waren. Andererseits bleiben die Versprechen der Regierung zur Chancengleichheit durch Bildung eine Chimäre, bedenkt man, dass das Bildungsmodell noch von der Verfassung aus Zeiten Pinochets stammt. In ihr wird die Lehrfreiheit gepriesen. Darunter wird verstanden, dass jeder Mann Lehranstalten öffnen und führen kann. In der Praxis steht dieses Recht über dasjenige auf eine qualitative und kostenfreie Bildung.

¹ Begriff aus Naomi Kleins gleichnamigem Buch

² <http://radio.uchile.cl/2013/06/03/trabajadores-y-expertos-apuntan-a-la-sindicalizacion-para-disminuir-niveles-de-desigualdad>

Die aufeinander folgenden Mitte-Rechts- und -Links-Regierungen haben eine Häufung der sozialen Forderungen ignoriert. Diese Situation konnte erfolgreich genutzt werden. So konnten die LehrerInnen und RektorInnen, die Familien und die StudentInnen in diese soziale Bresche springen. Was mit Forderungen wie Zugang zu Universitäten, Budgeterhöhungen für die Bildung und Demokratisierung des Hochschulwesens anfang, entwickelte sich zu einer Massenbewegung, die auf den Strassen und in den Schulanstalten präsent war und einen starken Rückhalt in der Bevölkerung genoss. Alles wurde von Seiten der Regierung unternommen um die Mobilisierung zu durchkreuzen: Repression, Unterwanderung der Demonstrationen von «agents provocateurs», sexueller Missbrauch von Studentinnen, ungerechtfertigte Verhaftungen, juristische Repression gegen einen Studentenführer. Auf politischer Ebene wurden die Winterferien von 2011 vorverlegt mit dem kaum zu verbergenden Wunsch die Mobilisierung zu hindern. Es kam sogar soweit, dass versucht wurde, die Demorouten zu verkürzen, um die Wirksamkeit der Demonstrationen zu mindern. All diese Hürden wurden von StudentInnen erfolgreich umgangen. Die Mobilisierung ging trotzdem bis Ende 2011 und wurde 2012 fortgeführt

KRANKES SYSTEM

Schon in den ersten Wochen der Mobilisierung versuchte die Regierung mit einer minimalen Reform, die DemonstrantInnen zum Schweigen zu bringen. Die Reform ging nicht einmal soweit, den Gemeinden ihre Kompetenzen in Sachen Sekundarstufe zu entziehen. Die Reform wurde selbstverständlich von den StudentInnen abgelehnt. 13 Tage nach Bekanntgabe der Reform, unternahm der Präsident Chiles die

Absetzung des Bildungsministers und des Regierungssprechers. Das Andauern der Studentenkämpfe hat die Regierung veranlasst, insgesamt drei Bildungsminister abzulösen. Der letzte unter ihnen wurde im April dieses Jahres wegen einer Verfassungsverletzung vom Parlament abgesetzt. Die ParlamentarierInnen haben dem Minister Mangel an Initiative in der Bekämpfung der Personen, die mit Universitäten Profit machen, vorgeworfen. Auch der Senat folgte später dem Parlament in seiner Entscheidung, den Minister abzusetzen.

Tatsächlich sieht das Gesetz vor, dass kein Gewinn an den Universitäten – auch nicht an privaten Unis – gemacht werden darf. Und doch beweist ein Parlamentsbericht, dass einige BesitzerInnen von Lehranstalten das Gesetz brechen, indem sie Profite machen. Dies geschieht meistens durch hohe Löhne, Outsourcing von Dienstleistungen und durch Mietzahlungen für die Gebäude. Während etwa zwanzig Jahren war der Staat Komplize indem er ein Auge zudrückte und seiner Kontrollpflicht nicht nachkam.

MANNIGFALTIGER PROTEST

Die Demonstrationen haben verschiedene Formen angenommen, um der Kriminalisierung von sozialen Kämpfen zu entgehen. Ein Flashmob wurde zum Beispiel vor dem Präsidentenpalast organisiert. Wandelnde Leichen, die wie in Michael Jacksons berühmten Clip «Thriller» umhergeisterten, sollten auf den schlechten Zustand des chilenischen Bildungswesens aufmerksam machen. Ein anderes Beispiel sind StudentInnen, die «1800 Stunden für die Bildung» organisierten, ein Staffellauf im Zentrum Santiagos, um die Passanten auf die 1800 Millionen Dollar aufmerksam zu machen, die benötigt werden, um ein

kostenloses Bildungswesen für etwa 300'000 StudentInnen an traditionellen Unis für ein Jahr, zu finanzieren. Ein weiteres Beispiel ist die Initiative von Uni-StudentInnen, die auf einer Homepage die Schuldbeträge der Studierenden erhoben haben. Drei Monate nach Beginn der Sammlung hatten 5700 StudentInnen ihre Schulden aufgeschrieben. Die Schulden beliefen sich im Durchschnitt auf 11 Millionen Pesos, gleichbedeutend mit dem Kauf eines Hauses³.



Die soziale Mobilisierung wurde zudem durch die Verbindung zwischen branchenbedingten Kämpfen der StudentInnen, der ArbeiterInnen und der autochthonen Völker und einer erhöhten Politisierung mit einhergehender Perspektive gestärkt. So an den Gemeindewahlen von 2012, wo, trotz hoher Stimmenthaltung, die Opposition und Studentenbewegung wichtige Siege erringen konnte. Cristian Labbé, Bürgermeister einer Gemeinde in Santiago zwischen 1996 und 2012, warb für die Schließung der Bildungsanstalten der Sekundarstufe, die 2011 besetzt wurden, und dafür, dass nicht erfolgreiche SchülerInnen aus anderen Gemeinden ausgeschlossen werden müssten. Dieser Entscheid wurde von der Bevölkerung abgelehnt und vom Berufungsgericht von Santiago de Chile annulliert.

³ <http://www.elmostrador.cl/sin-editor/2011/09/08/yodebo-cl-suma-casi-65-millones-en-deudas-de-estudiantes/>

liert. Der Berufsoffizier und Ex-Agent der DINA (Geheimpolizei von 1973 bis 1977) wurde an den Wahlen durch eine unabhängige Oppositionskandidatin geschlagen.



DUNKLE KANDIDATINNEN

Trotz Politikskepsis der Jugend, die sich durch Wahlmüdigkeit ausdrückt, hat die Studierendenbewegung mit den ArbeiterInnen ihre Präsenz an den Präsidentschaftswahlen von 2013 markiert. Das Thema Bildung war im Zentrum politischer Auseinandersetzungen. Danach kamen aber auch Themen wie die Arbeit sowie das Gesundheits- und Rentensystem, die alle von der Profitlogik dominiert werden. Dazu kommt, dass das rechte Lager am zerfallen ist. Der erste «offizielle» Kandidat am Anfang des Jahres, Laurence Golborne, musste sich zurückziehen als bekannt wurde, dass er Vermögen in Steuerparadiesen lagert. Nach ihm haben Andrés Allamand (mitte-rechts) und Pablo Longueira der konservativen Rechten bei den Vorwahlen (englisch: primaries) kandidiert. Keine Frage wer der Favorit war: Andrés Allamand, Mitglied der Partei des Präsidenten. Es kam anders. Pablo Longueira – laut der Tochter Pinochets «Liebling» des Generals – gewann die Vorwahlen. Diese Resultate zeigten die Widersprüche in der chilenischen Gesellschaft auf. Zwei Wochen später verzichtete Pablo Longueira auf seine Kandidatur – wegen einer ärztlich bestätigten Depression.

TÖCHTER DER GENERÄLE

Die definitive Kandidatin der Rechtsallianz ist Evelyn Matthei, Tochter eines Generals, der Mitglied der Pinochet-Junta war. Sie wird gegen die Mitte-Links-Kandidatin Michelle Bachelet antreten, auch eine Generalstochter. Der Vater Bachelets hingegen wurde nach dem Putsch des 11. Septembers 1973 des Landesverrats beschuldigt, gefoltert und ist 1974 im Gefängnis gestorben. Mitten im Gedenken an 40 Jahre Putsch hat der aktuelle Präsident, Sebastian Piñera, einen letzten Dolchstoß gegen die Kandidatin seines eigenen Lagers gegeben, indem er sagte, dass Evelyn Matthei einen Fehler begangen habe, indem sie Ja gestimmt hatte zur Beibehaltung des Generals Pinochet während des Referendums von 1988, das das Ende einer 17 Jahre lang andauernden Diktatur einläutete und die eine Öffnung hin zur Demokratie ermöglichte.

STRAHLENDE ZUKUNFT?

Der Sieg der ehemaligen Präsidentin Michelle Bachelet ist gewiss. Ihre Koalition «Neue Mehrheit» wird von der Kommunistischen Partei Chiles unterstützt. Die KP Chile, nach der Diktatur aus dem institutionellen Leben ausgeschlossen, war eine der wichtigsten Widerstandskräfte gegen die Diktatur und ist es in den aktuellen sozialen Kämpfen. Die Kandidatur Bachelets hat viel Unterstützung, wie das die Vorwahlen und Meinungsumfragen gezeigt haben. Die Profitlogik hat ihre Grenzen erreicht. Das chilenische Volk kann und will nicht mehr leiden müssen und akzeptiert die verfassungsmässigen Blockaden nicht mehr, die jeden sozialen Fortschritt hemmen. Das Programm der «Neuen Mehrheit» ruft grosse Hoffnungen in der Bevölkerung hervor. Doch bedeutet dies nicht,

dass das Programm nicht widerspruchsfrei ist. Wie die Parteien die das Wahlbündnis bilden, so schwankt auch das Programm zwischen geringfügigen Korrekturen und strukturellen Änderungen. Von der Kommunistischen Partei bis zur Christlich-demokratischen Partei: die Fortschritte werden Schritt für Schritt verhandelt werden müssen. Dazu müssen neue Demonstrationen der Volksbewegung eingeleitet werden um gewisse Forderungen zu unterstützen und um die Kräfte gegen sozial-liberale Abweichungen zu bündeln. Und gegen reaktionäre Kräfte, die weit davon entfernt sind, verschwunden zu sein.

¡EL PUEBLO UNIDO JAMÁS SERÁ VENCIDO!

Die Volksbewegung besitzt eine überlegene Waffe gegenüber den Kräften der Repression und den Pinochet-Eliten. Die Gestalt Salvador Allendes ist in den aktuellen Mobilisierungen sehr präsent. In seiner letzten Rede an das chilenische Volk im von putschistischen Militärs umringten Präsidentenpalast warnte er seine Gegner: «Sie haben die Gewalt, sie können zur Sklaverei zurückkehren, aber man kann weder durch Verbrechen noch durch Gewalt die gesellschaftlichen Prozesse aufhalten. Die Geschichte gehört uns, es sind die Völker, die sie machen.» Seinem Volk sagte er: «Die Bevölkerung muss sich verteidigen, aber nicht opfern. Die Bevölkerung darf sich nicht unterkriegen oder vernichten lassen, sie darf sich nicht demütigen lassen.» Und er beendete seine Rede mit einer Zukunftsvision, die die Herzen der ChilenInnen während der Diktatur nicht loslassen wird: «Werk tätige meines Vaterlandes! Ich glaube an Chile und sein Schicksal. Es werden andere Chilenen kommen. In diesen düsteren und bitteren Augenblicken, in denen sich der Verrat durchsetzt, sollt ihr wissen,

dass sich früher oder später, sehr bald, erneut die grossen Strassen auftun werden, auf denen der würdige Mensch dem Auf-

bau einer besseren Gesellschaft entgegengeht.» Endlich sind wir dort angelangt!

Esteban Muñoz



VENEZUELA: HERAUSFORDERUNGEN DER BOLIVARISCHEN REVOLUTION

Am 19. April dieses Jahres wurde Nicolás Maduro als Präsident Venezuelas vereidigt. Der Wunschnachfolger des historischen Anführers der Bolivarischen Revolution, Hugo Chávez, hatte die Wahl fünf Tage zuvor mit 50,61 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen. Die rechte Opposi-

tion gewann im Vergleich zu früheren Wahlen deutlich an Stimmen hinzu, sodass der Vorsprung des Kandidaten der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) nur knapp 225 000 Stimmen betrug. So knapp, wie Oppositionsvertreter es gerne gehabt hätten, als sie von «Unent-

schieden» sprachen, war das Resultat dann aber doch nicht. Der ehemalige Busfahrer, Gewerkschafter und Aussenminister Maduro gewann mit rund 1,5 Prozentpunkten Vorsprung. Er entschied die Wahl in 16 der 23 Bundesstaaten und in einer deutlichen Mehrheit der 335 Municipios für sich. Im Vergleich zu Hugo Chávez, der bei seiner Wiederwahl am 7. Oktober 2012 über 8,1 Millionen Stimmen auf sich vereinigte, verlor Maduro bei fast gleichbleibender Wahlbeteiligung rund 600 000 Stimmen. Im Gegensatz dazu legte Oppositionskandidat Capriles nochmals um über 700 000 Stimmen zu.

Statt dieses Ergebnis anzuerkennen (wie es etwa Chávez 2007 beim verlorenen Verfassungsreferendum getan hatte, das die Opposition mit nur 116 000 Stimmen Vorsprung gewann), rief Capriles seine Anhänger dazu auf, «den Wahlsieg» auf der Strasse zu verteidigen und ihre «Wut abzuladen». Die Folge waren Angriffe auf Parteigebäude der PSUV, öffentliche Gesundheitsstationen und auf Versammlungen von Regierungsanhängern, bei denen 11 Menschen getötet und dutzende verletzt wurden. Maduros besonnenem Aufruf zur Ruhe und dem Vertrauen eines Grossteils der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen ist es zu verdanken, dass sich die Unruhestifter bald isoliert sahen. Die erste Welle von Destabilisierungsversuchen blieb somit ohne Effekt.

DESTABILISIERUNGSVERSUCHE

Seither hat die Opposition versucht, auf verschiedenen Wegen die staatlichen Institutionen Venezuelas zu delegitimieren und die Regierung auf allen Ebenen anzugreifen. Im April zettelten oppositionelle Abgeordnete eine Schlägerei in der Nationalversammlung an, was dem Ansehen des

Parlaments und des Landes international geschadet hat. Auch die Nationale Wahlbehörde (CNE) wurde wiederholt zum Ziel von Diffamierungen. Capriles hat bis heute den Wahlsieg Maduros nicht anerkannt, auch nachdem der CNE in eine von der Opposition geforderte Überprüfung von 100 Prozent der Stimmen eingewilligt hat. Dieser Überprüfung, die während Wochen live im Internet übertragen wurde und die eine verschwindend geringe Fehlerquote von 0,02 Prozent hervorbrachte, blieben die Vertreter von Capriles' Wahlbündnis «Tisch der demokratischen Einheit» (MUD) schliesslich fern. Stattdessen focht der unterlegene Kandidat das Ergebnis vor dem höchsten Gericht des Landes an. Die Klage gegen das Wahlergebnis wurde Anfang August als in allen Punkten unbegründet abgewiesen. Zudem wurde Capriles zur Zahlung einer Geldstrafe von umgerechnet rund 1500 Franken verurteilt, weil er sich in der Klageschrift «beleidigend und respektlos» über das Oberste Gericht und andere staatliche Institutionen geäussert hatte.

Seit diesem Frühjahr hat die Regierung immer wieder darauf hingewiesen, dass Sektoren der Rechten versuchen, das Land zu destabilisieren. Zweimal wurden Gruppen von kolumbianischen Paramilitärs aufgegriffen, die offenbar Attentate auf Präsident Maduro planten. Anfang September fiel in rund zwei Dritteln aller venezolanischen Haushalte der Strom aus. Der zuständige Minister gab bekannt, Indizien wiesen auf die Sabotage einer Hauptleitung als Ursache des Blackouts hin. Ebenfalls im September präsentierte eine staatliche Untersuchungskommission ihren Bericht über einen Grossbrand in der wichtigsten Erdölraffinerie des Landes, der im August 2012 Millionenschäden verursacht hatte. Auch dieser Zwischenfall sei auf eine

Manipulation der Anlage zurückzuführen, hiess es in dem Bericht.

«REVOLUTION IN DER REVOLUTION»

Was hat die Bolivarische Revolution dem entgegenzusetzen? Aufgrund der jüngsten Versuche, die Versorgung mit Gütern zu sabotieren, gab Präsident Maduro die Einrichtung des sogenannten «Obersten Organs für die Wirtschaft» bekannt, einer staatlichen Koordinations- und Aufsichtsstelle, welche zum effizienteren Funktionieren der Wirtschaft beitragen soll. Zudem kündigte Maduro regelmässige Kontrollen in der Lebensmittelindustrie und im Transportwesen an, um zu verhindern, dass private Unternehmen etwa die Lebensmittelverteilung vernachlässigen. Weiter traf sich unlängst der Finanzminister Nelson Merentes mit einer Reihe von Unternehmen und privaten Wirtschaftsverbänden, um über eine gemeinsame Strategie zur Hebung des Produktionsniveaus zu beraten.

Bereits im April hatte Maduro die «Regierung der Strasse» ausgerufen. Das gesamte Kabinett, inklusive der 17 neu ernannten Ministerinnen und Minister, begab sich in die Bundesstaaten im Landesinneren, wo Treffen mit lokalen Behörden, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kommunalen Räten stattfanden. Diese neue Art des Regierens ist Teil der «Revolution in der Revolution», die Nicolás Maduro ausgerufen hat. Damit sollen die Effizienz der Regierungsarbeit gesteigert, die Verankerung der Politik in der Basis verstärkt und alte Übel wie Korruption und Bürokratie bekämpft werden. Auch soll die Rolle der Kommunalen Räte – das wichtigste Organ der politischen Selbstverwaltung der Bevölkerung – weiter gestärkt werden.

Anfang Mai ist als weiterer Schritt der Vertiefung der Revolution das neue venezolanische Arbeitsgesetz in Kraft getreten. Dieses bereits unter Hugo Chávez verabschiedete Gesetz ist Ausdruck einer neuen Art der demokratischen Gesetzgebung. So wurde in einem Prozess des «Parlamentarismus der Strasse» über 19 000 Vorschläge aus den Basisbewegungen in die Ausarbeitung mit einbezogen. Eine wichtige Neuerung betrifft die Reduktion der Wochenarbeitszeit von 44 auf 40 Stunden und die Garantie von zwei aufeinanderfolgenden Ruhetagen für alle Arbeitnehmenden. Der Mutterschaftsurlaub wird auf sechs Wochen vor und 20 Wochen nach der Geburt ausgebaut, zudem gibt es neu einen Vaterschaftsurlaub von 14 Tagen nach der Geburt eines Kindes, sowie einen Kündigungsschutz für beide Eltern während zwei Jahren. Als wichtigste Reform gilt die schrittweise Abschaffung der Beschäftigung von Arbeitnehmenden mittels Unteraufträgen («tercerización»), die in der Vergangenheit eine verbreitete Art der Anheuerung von unterbezahlten und nicht der Sozialgesetzgebung unterstehenden Arbeitskräften darstellte. Nach einer Übergangsfrist von drei Jahren werden künftig alle mittels Unteraufträgen beschäftigten Arbeitnehmenden in reguläre Arbeitsverhältnisse überführt, erhalten Sozialleistungen und geniessen sämtliche im Gesetz verankerten Schutzgarantien.



Einen weiteren Schwerpunkt will Maduro in der Bekämpfung der hohen Kriminalitätsrate im Land setzen. Das Ministerium für Inneres, Justiz und Frieden, das seit diesem Frühjahr unter der Leitung des ehemaligen Chefs des Geheimdienstes (SEBIN), Miguel Rodríguez Torres, steht, ist mit der Koordinierung der Programme zur Kriminalitätsbekämpfung betraut. Dafür wird insbesondere die Mission «Volles Leben Venezuela» (A Toda Vida Venezuela) vertieft, welche seit 2011 im ganzen Land Initiativen zur Förderung von sportlichen und kulturellen Initiativen fördert, um Jugendlichen eine Perspektive jenseits von Gewalt und Kriminalität zu bieten.

Maduro, der sich selbst als «ersten chavistischen Präsidenten» bezeichnet,

hat versprochen, die Bolivarische Revolution fortzuführen. Wenn er die Unterstützungsbasis, welche Chávez 15 Jahre lang getragen hat, zusammenhalten und seine Versprechen zur Verbesserung der Effizienz in vielen Regierungsprogrammen einhalten kann, ist ihm durchaus zuzutrauen, dass er den Übergang zu einem «Chavismus ohne Chávez» schafft. Die Revolution muss sich aber wappnen und weiter um ihre Verankerung in der Bevölkerung kämpfen, denn auch die Anstrengungen gewisser Kreise im In- und Ausland, das revolutionäre Bolivarische Projekt zu stoppen, werden in den nächsten Monaten weiter zunehmen.

Philipp Zimmermann



SOLIDARITÄTSPLATTFORM ALBA

SUIZA NIMMT ARBEIT AUF

An einem Samstag anfangs September hat die Schweizer Solidaritätsplattform Alba Suiza in Bern ihre offizielle Gründungsver-

sammlung abgehalten. Die Vereinigung, welche die Solidaritätsarbeit für die emanzipatorischen Prozesse in Lateinamerika

insbesondere in den Alba-Mitgliedstaaten koordinieren soll, umfasst verschiedene bestehende Lateinamerika-Solidaritätsgruppen und Einzelpersonen. In der Gründungserklärung hielt die Organisation fest, man wolle von der Schweiz aus «zur Solidarität und zur Entfaltung der sozialen Bewegungen» beitragen. Alba Suiza unterstütze die «antikolonialen, antikapitalistischen, antiimperialistischen und antipatriarchalen Kämpfe» in Lateinamerika. Dazu sollen die Zusammenarbeit zwischen Solidaritätsgruppen verstärkt, eine Kampagne gegen mediale Desinformation geführt und die politische Bildungsarbeit intensiviert werden.

An der Gründungsversammlung wurde ein zwölfköpfiger Vorstand aus Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Regionen der Schweiz gewählt, der von der Zürcher Sozialanthropologin und Lehrerin Karin de Fries präsiert wird. Unter den Anwesenden war auch der Geschäftsträger der Botschaft Venezuelas in der Schweiz, Silvio Fernández Briceño, der Alba Suiza zur Gründung beglückwünschte. Der Vertreter Venezuelas bei den Vereinten Nationen in Genf, Botschafter Jorge Valero, sandte eine Grussbotschaft an die Versammlung, in welcher er die Wichtigkeit der internationalen Solidaritätsarbeit betonte.

Die rund fünfzig Delegierten⁴ von Alba Suiza verabschiedeten zum Schluss der Versammlung eine Resolution, in der sie sich gegen jegliche militärische Aktionen und Staatsstriche aussprachen. Anlässlich des 40. Jahrestages des Putsches gegen Salvador Allende in Chile am 11. September 1973 warnte Alba Suiza vor einer «neuen Etappe der Einmischung und der Putsche», die mit den Staatsstreichen in Honduras

(2009) und Paraguay (2012) begonnen habe. Aus aktuellem Anlass wurde in die Resolution auch die Zurückweisung eines militärischen Angriffs gegen Syrien aufgenommen. «Die humanitären, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme können nicht mit militärischen Aktionen gelöst werden», heisst es in der Erklärung.

Zudem sprach sich die Organisation für eine friedliche Lösung der sozialen und politischen Konflikte in Kolumbien aus und bekräftigte ihre Solidarität mit den seit Wochen anhaltenden Protesten von Bauern, Minenarbeitern und Gewerkschaften in diesem Land.



Amerika21.de
Philipp Zimmermann

Portal amerika21.de
Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika und der Karibik

⁴ darunter auch ein Vertreter der Kommunistischen Jugend Bern



Das Tagungsbureau mit ZK-Mitgliedern des WBDJ aus der Demokratischen Volksrepublik Korea, aus Venezuela, dem Präsidenten Dimitris Palmyris aus Zypern, aus Südafrika und aus Kuba Genosse Hanoi. Daneben die Rednerin, eine Genossin aus der Demokratischen Republik Kongo.

DIE XVIII. WELTFESTSPIELE

DER JUGEND UND STUDIERENDEN

IN ECUADOR

Die 18. stehen unter dem Leitsatz «Jugend vereint gegen Imperialismus – für eine Welt des Friedens, der Solidarität und des sozialen Fortschritts». Sie finden vom 7. bis 13. Dezember 2013 in Quito statt, der Hauptstadt Ecuadors. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Seit den letzten Spielen in der Hauptstadt Südafrikas, in Tshwane, dem früheren Pretoria, sind nur drei Jahre vergangen. Das hat damit zu tun, dass es fünf Jahre waren zwischen jenen und denen davor in Caracas (Venezuela). Grund dafür ist, dass die

Jugendorganisationen in Belarus ihre Kandidatur 2009 auf einmal aus finanziellen und organisatorischen Gründen zurückgezogen hatten. Der Turnus betrug ansonsten die letzten paar Male vier Jahre. Sonst immer im Sommer, meistens im August

stattfindend, wurde schon die letzte Ausgabe in Südafrika im Dezember ausgetragen, im Frühling des Südens, was in Kombination mit der noch kurzfristigeren Ankündigung dazu führte, dass es aus der Schweiz wie schon 2001 in Algier bedauerlicherweise keine Delegation gab und nur eine einzige hiesige Person die Spiele besuchte. Auch sonst waren weniger Leute aus weniger Ländern dort. Wie in Caracas, wo zwei Dutzend Leute aus der Schweiz teilnahmen, wird es dieses Jahr in Quito wieder eine Delegation geben. 15 000 Menschen werden erwartet, aus weit über 100 Ländern.

GROSSE VERÄNDERUNGEN IN LATEINAMERIKA

Zwischen 2005 in Venezuela und 2013 in Ecuador hat sich viel getan auf dem Kontinent. Es sind ein paar hoffnungsvolle fortschrittliche Regierungen dazugekommen (Bolivien, Nicaragua, Ecuador), jedoch leider auch einige wieder weggeputscht worden (Honduras, Paraguay). Auch sonst zeigte der Kapitalismus mit den Kriegen, zum Beispiel in Libyen oder Syrien, wieder einmal sein wahres, imperialistisches Gesicht. Die Weltfestspiele, die nach dem Zweiten Weltkrieg das erste Mal ausgetragen wurden, um die Jugend im Kampf um Frieden zu vereinen, haben an Aktualität nichts eingebüsst. Sie haben damit eine lange Tradition und werden seit eh und je vom Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) organisiert, der die Hauptsäule der historischen Festspielbewegung darstellt. Er beschloss am vorletzten Treffen des Generalrates (GCM) im Oktober 2012 in Quito, wo sich Ecuador als Austragungsort angeboten hat, diesen Vorschlag dankend anzunehmen. Somit begann die schwierige, aber aktive Phase der Festivalvorbereitung.

DREI INTERNATIONALE VORBEREITUNGSTREFFEN

Das erste internationale Vorbereitungstreffen (IPM) fand am Austragungsort der letzten Spiele in Südafrika statt, inkl. Zeremonie der Fahnenübergabe. Leider musste das Treffen kurzfristig verschoben werden, was zu Zeitmangel führte. Trotzdem war es quantitativ ein Erfolg. Dort wurden die politischen Grundlinien festgelegt. Die Schweiz konnte leider niemanden hinschicken.

Anders beim 2. IPM, wo ein Delegierter der Kommunistischen Jugend Bern teilnahm. Es fand in einem Vorort von Madrid statt, in San Fernando de Henares. Die Stadt wird von der Vereinigten Linken (IU) regiert und war immer eine Hochburg der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), die in diesem Bündnis Mitglied ist. Das sieht man auch an Strassennamen, Parks etc. So gibt es dort einen Parque Dolores Ibárruri, benannt nach der revolutionären Ikone des Spanischen Bürgerkriegs und späteren Eurokommunistin, in der Nachbarstadt einen Parque Carlos Marx. Die Jugendorganisation der Partei, der Kommunistische Jugendverband Spaniens (UJCE), führte den Kongress als gastgebendes Mitglied des WBDJ durch. Als ganz normale Mitgliedsorganisation waren die Kollektive der jungen KommunistInnen (CJC) mit drei Delegierten dabei, die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der Völker Spaniens (PCPE).

Es kamen schätzungsweise 120 Delegierte von 70 Organisationen aus 50 Ländern ans Treffen.

Da das Budget von 7 Mio. auf 3 Mio. Euro gekürzt worden ist, musste auch das Programm des Festivals angepasst werden. So

wurden Workshops mit ähnlichem Thema zusammengelegt, gestrichen etc.

Auch das aktuelle GCM in Spanien steht vollkommen unter dem Stern der Weltfestspiele. Die Vollversammlung hat sich des weiteren dafür entschieden, ihre zwei marokkanischen Mitgliedsorganisationen auszuschliessen, Dies aufgrund der Positionierung dieser, als im November 2010 der WBDJ-Präsident Tiago Viera in Marokko verhaftet worden war, als er die letzte Kolonie Afrikas, die Westsahara, besuchen wollte, und aufgrund von Konflikten mit Schwesterorganisationen. Zudem hat das ZK des WBDJ vergebens Kontakt zum Austausch darüber gesucht. Aber eine neue Organisation aus Marokko steht schon in den Startlöchern. Auch aus Tunesien und der Demokratischen Republik Kongo hat eine Organisation Beobachterstatus bekommen, wohingegen Beziehungen mit dem Jugendverband Kuweits eingefroren wurden. Mit dem Movimiento PAÍS, der Jugendorganisation der Regierungspartei Ecuadors, die sich einerseits auf den Bolivarismus, andererseits auf die Liberale Revolution Ecuadors stützt, werden aufgrund des Vorschlags der Region Lateinamerika Beziehungen aufgenommen.

Um besser zu mobilisieren und Workshops für den europäischen Teil des Programms am sechsten Tag zu bestimmen und zu gestalten, gab es auch ein regionales Treffen (Region Europa), welches vom 23. bis zum 25. August in Wien stattfand, bedauerlicherweise auch hier ohne CH-Beteiligung.

Selbiges gilt für das dritte Vorbereitungstreffen zwischen dem 9. und 11. September in Neu-Delhi (Indien). Dort wird ein internationales OK gewählt, welches die Beschlüsse umsetzt, ein viertes Treffen vorbereitet, die verschiedenen Regionen vertritt

und sich zwei Monate vor Festivalbeginn ins Land begibt, um zwischen dem nationalen Vorbereitungskomitee des gastgebenden Landes Ecuador und der Regierung des Präsidenten Rafael Correas einerseits und den teilnehmenden Ländern andererseits zu koordinieren.

Das Festival bietet ein reichhaltiges Programm, das politische Themen wie Frieden, Ökologie, Bildung, Arbeit, Geschlecht und Medien, aber auch kulturellen Austausch, Freizeitaktivitäten wie Konzerte, Filme und Sport beinhaltet. Es ist des Weiteren eine gute Möglichkeit, um sich mit gleichgesinnten, anti-imperialistischen, kommunistischen, sozialistischen und anderen demokratischen und progressiven Organisationen auszutauschen, Erfahrungen zu teilen, zu diskutieren, gemeinsame Projekte aufzugleisen und Beziehungen aufzubauen. Vor und/oder nach dem Festival selber gibt es die Möglichkeit, das Land Ecuador und dessen Landschaft, Volk, Kultur, Politik und Geschichte kennenzulernen und während des ganzen Aufenthalts eine unvergessliche Zeit zu erleben.

LINKS:

Die Seite der Schweizer Delegation:

www.weltfestspiele.ch

Der WBDJ – im Dienste der Jugend und ihrer Rechte seit 1945: www.wfdy.org

Informatives aus Deutschland:

www.weltfestspiele.de

KONTAKT:

Wer sich für Vorbereitung oder Teilnahme am Festival interessiert, maile an

ok@weltfestspiele.ch

AUFRUF:

Sowohl für den internationalen Solidaritätsfonds (ISF) wie auch dafür, um mög-

lichst vielen aus der Schweiz den Besuch zu ermöglichen (v.a. solchen, die es sich sonst nicht leisten könnten), sind wir auf Spenden angewiesen: PC 60-133153-4, Kommu-

nistische Jugend, 3000 Bern, Vermerk «Weltfestspiele», dazu wahlweise «ISF» oder «CH».

Roger



Auch für Pausen- und bilaterale Gespräche fand man genügend Zeit. Die republikanische Vergangenheit Spaniens und der internationale Kampf gegen den Faschismus war in Freizeitaktivitäten und kulturellen Darbietungen und Ausflügen immer präsent.



ROTER OKTOBER 2013 – PROLETARISCHE FRAUENBEWEGUNG

Seit dem Jahr 2006 findet der Rote Oktober, das Bildungswochenende der Kommunistischen Jugend Bern, jährlich und ohne Unterbruch statt. Und auch dieses Jahr treffen wir uns wieder an einem ruhigen Ort, um über alles Mögliche zu diskutieren und Zeit unter Gleichgesinnten zu verbringen. Schwerpunkt dieses Wochenendes bildet das Thema «proletarische Frauenbewegung». Zu diesem Thema haben wir drei Referentinnen und einen Referenten. Besonders ehrt uns die Anwesenheit der Genossin Malena Castañeda, Mitarbeiterin der kubanischen Botschaft, welche uns über die Situation der Frauen in Kuba und ihre Rolle während der kubanischen Revolution erzählt. Ebenso sehr freuen wir uns aber auf Franziska Stier (Gewerkschafterin) welche uns über die Vier-in-einem-Perspektive nach Frigga Haug informiert, sowie Roger Stettler über die Gendertheorie von Pierre Bourdieu. Zu guter aller letzt konnten wir Toni Mächtlinger für unseren Politbrunch gewinnen. Sie führt kurz ein in die Women's International League of Peace and Freedom (WILPF) und erzählt über aktuelle Friedensthemen aus Frauenperspektive. Für den praktischen Teil gibt es zudem schon am Freitag Nachmittag einen Workshop zum Thema Schablonen basteln, welche dann mit Hilfe einer Spraydose zur Verschönerung eines Ortes deiner Wahl dienen kann. Zudem sollen alle, die ihren Laptop sicher machen wollen, diesen mitnehmen. Wir danken schon jetzt im Voraus allen ReferentInnen.

Seit einem halben Jahr ist das Projekt «Kommunistische Jugend Schweiz» etwas ins Stocken geraten. Gerade aus diesem Grund laden wir alle Genossinnen und Genossen der verschiedenen KJ-Gruppen der Schweiz ein, sich vom 25. bis 27. Oktober 2013 zu treffen und zu diskutieren. Wir sind uns sicher, dass wir uns dadurch näher kommen und evtl. das eine oder andere Hindernis überwinden können, so dass es mit der KJ Schweiz weiter vorwärts gehen kann.

Natürlich freuen wir uns aber auch über die Anwesenheit aller Nichtmitglieder bzw. SympathisantInnen bei der 8. Ausgabe des Roten Oktobers. **Es gibt auch Platz für Party und ein paar Filme haben wir auch zur Auswahl: Über Angela Davis (z.B. La lutte continue), Olga Benario und Rosa Luxemburg.**

Die Kommunistische Jugend Bern





PROGRAMM

Freitag, 25. Oktober 2013

ab 14:00 Uhr: Anreise und Zimmerbezug
15:00 bis 17:00 Uhr: Workshop: Schablonen

um 18:00 Uhr: Abendessen

um 20:00 Uhr: Angela-Davis-Dokumentarfilm **nach Wahl**

Samstag, 26. Oktober 2013

08:00 Uhr: Frühstück

09:00 bis 11:00 Uhr (inklusive Pause):
Das Referat von Franziska Stier mit anschliessender Diskussion zum Thema Vier-in-einem-Perspektive.

12:00 Uhr: Mittagessen

13:30 bis 15:30 Uhr (inklusive Pause):
Das Referat von Malena Castañeda mit anschliessender Diskussion zum Thema der Rolle der Frau in Kuba

15:30 bis 17:30 Uhr (inklusive Pause):
Das Referat von Roger Stettler mit anschliessender Diskussion zum Thema Gendertheorie von Pierre Bourdieu: «Die männliche Herrschaft?»

19:00 Uhr Abendessen (Fondue)
nach Abendessen: Disco, gemütliches Beisammensein, evtl. Film nach Bedürfnis

Sonntag, 27. Oktober 2013

10:00 Uhr: Polit-Brunch mit Toni Mächtlinger der WILPF

11:30 Uhr: Aufräumen

13:00 Uhr: Abreise

Location

Gleicher Ort wie letztes Jahr. Aus Sicherheitsgründen erfahren alle, die letztes Jahr nicht dabei waren, den Ort erst nach Anmeldung und Überweisung des Beitrages. Der Ort liegt knapp eine Zugstunde von Bern entfernt. Es gibt direkte Züge ohne Umsteigen.

An- und Rückreise

Die Hin- und Rückreise ist im Preis nicht inbegriffen.

Unterkunft / Mitnehmen

Bitte nehmt einen Schlafsack mit!

Kosten/Preis

Inbegriffen im Preis sind das Essen und Unterkunft. **Der Preis beträgt für alle 60.– Fr. und kann auf das Postkonto 60-133153-4 überwiesen werden. Bei wem der Beitrag eine Teilnahme verhindern sollte, soll sich bitte bei uns melden.**

Anmeldung

bern@kommunistischejugend.ch

SPONTANDEMO GEGEN DEN KRIEG

Etwa 30 Personen folgten dem Aufruf der Kommunistischen Jugend Bern zu einer Spontandemo gegen eine Intervention in Syrien. Das gewählte Datum – der 9. September – war nicht zufällig. An diesem Tag sollte sich der US-Kongress zu einer möglichen Intervention in Syrien äussern.

Versammelt haben sich alle um 20 Uhr auf dem Bahnhofplatz. Die PdA Bern war mit einem Transparent dabei, mit der Frage «Wer kriegt? Wer verliert?»; Demoplakate mit der Aufschrift «Hände weg von Syrien» waren zu sehen.

Etwa um 20:30 Uhr liefen wir Richtung US-Botschaft und skandierten Antikriegsparolen. An der Botschaft angelangt, erwarteten uns schon Polizisten. Ob das Botschaftspersonal uns sehen konnte? Einige Tage später erfuhren wir durch Recherche, dass sie uns wirklich erwartet hatten. In einer Notiz⁵ auf ihrer Homepage warnten sie Amerikanische Reisende, dass die «Swiss Communist Party Youth League» (zu deutsch: Jugendbund der Schweizerischen Kommunistischen Partei), eine Demo gegen eine mögliche US-Intervention in Syrien organisiere. Erwartet werde eine friedliche Demo. Weiter enthielt die Notiz eine Warnung, wonach solche Demonstrationen auch gewalttätig ausarten könnten. Hauptverantwortliche für solches Ausarten? Der schwarze Block. Und für den unwissenden amerikanischen Touristen, schrieb das Botschaftspersonal noch diese wichtige Information: Demonstranten des Schwarzen Blockes tragen schwarze Kleider! Und sie könnten sich verummummen. Und zwar mit Masken und Halstüchern! Darüber hinaus wurden die amerikanischen Touristen aufgefordert, die US-Bot-

schaft auf Twitter und Facebook zu folgen, um die neusten Updates (zur Demo) zu erfahren. So gefährlich sind wir!

Enttäuscht darüber, dass wir keinen amerikanischen Touristen getroffen hatten, dem wir einen Schreck einjagen konnten, liefen wir weiter Richtung Bundesplatz um dann beim Zytglogge die Demo aufzulösen.

Die Spontandemo der KJ Bern reiht sich ein in eine Kampagne gegen den Krieg in Syrien des Nationalen Netzwerkes der Kommunistischen Jugend. Die KJ Zürich organisierte Anfang des Jahres eine Demonstration in Zürich und die KJ Tessin am 7. Juli eine Mahnwache in Bellinzona. Wir verweisen nochmals auf den Appell des nationalen Netzwerkes der KJ gegen den Krieg in Syrien, der an Aktualität nichts verloren hat.

Cyrille



⁵ <http://bern.usembassy.gov/sm-09092013.html>

ANLÄSSE

Sa, 2. November 2013, 16h:

Bildung: Lesegruppe mit Friedrich Engels' Anti-Dühring

Einfach kommen. Du brauchst noch nichts zu lesen.

PdA-Lokal in der Brasserie Lorraine, im 1. Stock, Quartiergasse 17, Bern

Fr, 8. November 2013, 20h:

Filmabend mit DDR-Indianer-Streifen

Western aus dem Osten wurden hierzulande nicht gezeigt. Verpasse also diese Chance nicht! Der genaue DEFA-Film wird noch bekanntgegeben.

PdA-Lokal in der Brass, 1.Stock, Quartiergasse 17, Bern

Fr, 15. November 2013 20h:

Bildungsbrigade: Armutsbild in den Medien

Vortrag im Lokal im 1. Stock der Brass

Fr/ Sa, 15./16. November 2013:

Denknetz Workshop zu Venezuela

www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Venezuela-Tagung_Programm.pdf

Volkshaus Zürich beim Helvetiaplatz

So, 24. November 2013, 16h:

Bildung: Lesegruppe mit Friedrich Engels' Anti-Dühring

Wieviel wir lesen, wird am ersten Treffen am 2.11.(siehe oben) bestimmt.

PdA-Lokal in der Brass, 1.Stock, Quartiergasse 17, Bern

Fr, 6. Dezember 2013, 20h:

Chlausabend mit Don-Camillo-Film

Lokal in Brass, 1.St., Quartiergasse 17, Bern

7.-13. Dezember 2013:

XVIII. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden

Quito (Ecuador)

Fr, 13. Dezember 2013:

Soliessen der PdA

Säali in der Brass Lorraine, 1.Stock, Quartiergasse 17, Bern

Fr, 10. Januar 2014, 20h:

Filmabend über Angela Davis

PdA-Lokal in der Brass, 1.Stock, Quartiergasse 17, Bern



Impressum

roteseiten@kommunistischejugend.ch

Kommunistische Jugend Bern

Postfach 6966, 3001 Bern

www.kommunistischejugend.ch

Lektorat: Korrekturkollektiv der KJ Bern

Übersetzung: Cyrille – Layout: Roger

Software: 100 Prozent frei & Open Source

Druck: Lokal der PdA Bern

Abos: bern@kommunistischejugend.ch